

# Die Parlamentswahlen am 1. November 2015 in der Türkei: Die Wähler haben sich für Stabilität unter einem autoritären System entschieden.

- Mit voraussichtlich 316 Mandaten und 49,41 Prozent der Stimmen erreichte die AKP einen überraschenden Wahlsieg.
- Es gelang der AKP, sowohl nationalistische als auch konservative kurdische Wähler zurückzugewinnen.
- Als wichtigstes Wahlmotiv für die AKP scheint das Versprechen von „Stabilität“ gewirkt zu haben. Die Wiederaufnahme der Kämpfe mit der PKK und das Scheitern der Opposition nach der Wahl vom 7. Juni 2015 haben zu dieser Entscheidung beigetragen.
- Die großen Wahlverlierer sind die MHP und die HDP, die CHP konnte leichte Zugewinne verzeichnen
- Für die Zukunft der Türkei wäre es entscheidend, dass die AKP nun einen Versöhnungsprozess einleitet: sowohl um die Spaltung innerhalb der Gesellschaft zu überwinden als auch um den Friedensprozess im Kurdenkonflikt wieder aufzunehmen.

## INHALT:

1. Ein überraschender Wahlsieg .....	2
2. Hintergründe .....	3
2.1. Umbruchsdynamik in 2015 .....	3
2.2. Gescheiterte Regierungsbildung .....	3
2.3. Die Rolle des Staatspräsidenten .....	4
2.4. Der Kurden-Konflikt .....	4
2.5. Wachsender Druck auf die Opposition .....	5
2.6. Überwachung des Wahlverlaufs .....	5
3. Ausblick .....	5



## 1. Ein überraschender Wahlsieg

Den vorläufigen Ergebnissen zufolge, in die ein Teil der im Ausland abgegebenen Stimmen noch nicht eingegangen ist, erreichte die AKP (Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung) bei der Wahl am 1. November 2015 einen Stimmanteil von 49,41 Prozent. Sie konnte ihren Anteil um rund 8,5 Prozent steigern und erreichte mit 316 Abgeordneten im Parlament eine stabile absolute Mehrheit, die sie bei der Wahl am 7. Juni 2015 verloren hatte.

Die CHP (Republikanische Volkspartei) erreichte 25,38 Prozent und konnte zwei Mandate hinzugewinnen. Starke Verluste mussten demgegenüber MHP (Partei der Nationalen Bewegung) und HDP (Demokratische Volkspartei) hinnehmen. Mit 11,93 Prozent verlor die MHP 4,3 Prozentpunkte und 39 Mandate. Die HDP schaffte mit 10,7 Prozent knapp den Sprung über die 10prozentige Sperrklausel. Hier lagen die Verluste bei 2,4 Prozentpunkten.

Überraschend ist das Ergebnis nicht zuletzt, weil Meinungsforschungsinstitute die AKP in einem Band zwischen 41-45 Prozent gesehen hatten. Sie waren davon ausgegangen, dass die HDP keinerlei Gefahr liefe, an der Sperrklausel zu scheitern und dass eine absolute Mehrheit der AKP unwahrscheinlich sei.

Mit 87,5 Prozent lag die Wahlbeteiligung noch höher als im Juni. Berichte über größere Zwischenfälle bei der Stimmabgabe oder Manipulation der Ergebnisse liegen derzeit noch nicht vor. Bei den im Ausland abgegebenen Stimmen liegt Schätzungen zufolge der Anteil der AKP deutlich über 50 Prozent, der der HDP bei 20 Prozent, während CHP und MHP unter ihren Inlandsanteilen zurückbleiben.

Die AKP konnte landesweit ihr Stimmaufkommen ausbauen. Die höchsten Zugewinne erzielte sie in Gebieten mit hohem HDP- und MHP-Wählerpotenzial. Dabei kann eine Rolle gespielt haben, dass es vorherigen AKP-Wählern zwar darum gegangen war, ihre Partei zu „bestrafen“. Als diese jedoch die absolute Mehrheit verlor, zeigten sich insbesondere Wähler, die für die MHP gestimmt hatten, zu einem bedeutenden Anteil reuig. Dies gilt auch für konservative Kurden, die im Sommer HDP wählten, unter dem Eindruck der Kämpfe sich nun jedoch wieder der AKP zuwandten. Die beiden Provinzen mit dem höchsten Anstieg an AKP-Stimmen sind Iğdır mit einer ho-

hen MHP-Wählerbasis und Urfa mit einem hohen Anteil konservativer Kurden.

Die CHP konnte sowohl im Hinblick auf absolute Stimmen als auch prozentual ihr Ergebnis vom Juni leicht verbessern. Sie bleibt jedoch in einem Band zwischen 24-26 Prozent eingeschlossen. Sie ist in Mittelanatolien schwach vertreten und findet in Ost- und Südost-Anatolien kaum Unterstützung. Ersten Analysen zufolge konnte die CHP ihre Position in den drei Metropolen Istanbul, Izmir und Ankara ausbauen, doch verlor sie in Istanbul die Mehrheit in drei Stadtbezirken, in denen sie die Bürgermeister stellt.

Bei der MHP wird die Hauptverantwortung der Wahlniederlage beim Parteivorsitzenden Devlet Bahçeli gesehen. Seine klare Absage an eine AKP-Koalition bedeutete zugleich auch den Verzicht darauf, in absehbarer Zeit an einer Regierung beteiligt zu sein. Ein alleiniger Führungsanspruch hatte dazu geführt, dass Politiker, die als Identifikationsfiguren der Partei gelten, nicht in die Kandidatenlisten aufgenommen wurden. Bahçeli wurde eine Verweigerungshaltung vorgeworfen – es ist ihm nicht gelungen, sein Konzept einer „prinzipientreuen Politik“ seiner Basis zu vermitteln.

Die HDP hat sowohl in Diyarbakır als auch in den westlichen Metropolen Prozentpunkte verloren. Die Bombenangriffe von Suruç im Juli und Ankara im Oktober haben ihre Anhängerschaft erschüttert und zusammen mit der Bürgerkriegsatmosphäre seit Ende Juli einen regulären Wahlkampf unmöglich gemacht. In einer Erklärung am Wahlabend erklärte die Ko-Vorsitzende Figen Yüsekdağ, dass mehr als 500 Funktionäre ihrer Partei seit Juli eingesperrt wurden. Aus Protest gegen die Beschlagnahmeanordnung der Wahlbroschüre der HDP verteilten HDP-Anhänger in der Endphase des Wahlkampfes unbedruckte Flugblätter.

In seiner Rede am Wahlabend unterstrich Ministerpräsident Davutoğlu seine Verbundenheit mit Staatspräsident Erdoğan, erklärte den Wahlsieg der AKP zu einem Sieg der „78 Millionen Türken“ und rief die Opposition dazu auf, nicht in eine Psychologie der Niederlage zu verfallen. Die neue Stabilität werde es ermöglichen, die für den 100. Jahrestag der Republik gesteckten hohen Ziele zu erreichen.

Staatspräsident Erdoğan erklärte seine Befriedigung über „klare Mehrheitsverhältnisse“ und verwies da-



rauf, dass das Ergebnis eine klare Botschaft an die Opposition enthalte. Sie müsse sich einer „Politik der Gewalt“ enthalten. Er unterstrich, dass er die HDP für eine vom Terrorismus gesteuerte Partei halte.

Der CHP-Vorsitzende Kemal Kılıçdaroğlu drückte recht deutlich die Befürchtungen seiner Wählerbasis angesichts des Wahlergebnisses aus, in dem er die Verteidigung von Rechtsstaatlichkeit und Rechenschaftslegung hervorhob. Die Rede kann zugleich auch als ein erster Entwurf einer Oppositionspolitik verstanden werden.

Die HDP Vorsitzenden Demirtaş und Yüksekdağ verwiesen auf die äußerst schwierigen Umstände des Wahlkampfes und erklärten, dass eine andere Partei einer so massiven Anfeindung und Druck wohl kaum standgehalten hätte.

In einer schriftlichen Erklärung der MHP hält deren Vorsitzender Bahçeli am Konzept einer an nationalen Prinzipien orientierten Politik fest und hebt hervor, dass seine Partei durch eine Medienübermacht regelrecht erstickt wurde.

Zwar wurden am Wahltag an verschiedenen Orten Regelverstöße gemeldet, doch liegen keine Anzeichen dafür vor, dass diese einen Einfluss auf das Wahlergebnis haben. Dies ist nicht zuletzt einem hohen Engagement von Wahlbeobachtern der Parteien sowie zivilgesellschaftlichen Organisationen zuzuschreiben. Der Verein „Oy ve Ötesi“ (Stimme und darüber hinaus) mobilisierte 60.000 Beobachter, war in so gut wie allen Wahllokalen präsent und schuf ein eigenes System zur Kontrolle der übrigen veröffentlichten Ergebnisse.

## 2. Hintergründe

### 2.1. Umbruchsdynamik in 2015

In 2015 hat sich gleich zwei Mal ein unerwarteter Umbruch im politischen Kräfteverhältnis in der Türkei ergeben. Während der Wahlkampf vor der ersten Parlamentswahl am 7. Juni 2015 vom Ziel der AKP geprägt war, eine verfassungsändernde Mehrheit zu erringen, war ihr Ziel für die Wahl am 1. November nur noch die Erreichung einer absoluten Mehrheit, die ihr die Weiterführung einer Alleinregierung sichern sollte. Entscheidend für den ersten Umbruch war die Entscheidung der HDP, nicht mit unabhängigen Kandidaten, son-

dern als Partei zur Wahl anzutreten und sich damit dem Risiko auszusetzen, an der 10prozentigen Sperrklausel für den Einzug in das Parlament zu scheitern.

Als entscheidend für den zweiten Umbruch wird die Präferenz von Stabilität angesehen. Zugleich hat sich in nur fünf Monaten zwischen den beiden Parlamentswahlen die Prioritätensetzung der Wähler radikal verändert. Beherrschten bis zum 7. Juni 2015 vor allem Befürchtungen zum eigenen Lebensstandard, die Ablehnung des von Staatspräsident Erdoğan favorisierten Präsidialsystems und die Machtpolitik der AKP die Prioritätenliste der Bevölkerung, wurde dies seit Juli 2015 zunehmend durch den Terrorismus abgelöst. Die AKP reagierte auf das Wahlergebnis vom 7. Juni 2015 mit mehreren Maßnahmen. Zum einen gab sie sich bescheidener und erklärte, sie würde zu „den Fabrikeinstellungen“ zurückkehren. Zugleich konzentrierte sie sich darauf, die Opposition von allen staatlichen Einflussmöglichkeiten fernzuhalten. Neben den Sitzungen zur Konstituierung des Parlaments und der Parlamentseröffnung trat das Parlament nur zu einer Sondersitzung zusammen. Beim AKP-Parteitag setzte sich Staatspräsident Erdoğan mit seinen Kandidaten durch und obgleich durch die Verfassung zu parteipolitischer Unabhängigkeit verpflichtet, wurde die Formel der „ideellen Leitfigur“ gefunden, um seine de Facto Parteiführung zu beschreiben. Der Druck auf die Medien wurde verstärkt, die Kriminalisierung kurdischer Politik intensiviert und insbesondere durch eine Neujustierung der Kandidatenlisten das Bündnis mit konservativen Kurden gesucht.

### 2.2. Gescheiterte Regierungsbildung

Es gelang der AKP nach der Wahl vom 7. Juni 2015 geschickt, die Oppositionsparteien gegeneinander auszuspielen. Schnell ergab sich eine Konstellation gegenseitigen Misstrauens sowie einer strikten Ablehnung jeglicher Kooperation der MHP mit der HDP ausschloss. Dies ermöglichte es der AKP im vierten Wahlgang mit einfacher Mehrheit den Parlamentspräsidenten zu stellen. In einem zweiten Schritt streckte die AKP mit einem Minimum an Inhalt den Prozess der Koalitionsverhandlungen über 45 Tage und erklärte dann, dass eine Koalition nicht möglich sei. Dies ermöglichte es Staatspräsident Erdoğan mit Hinweis auf die in der Verfassung vorgesehene Frist den Prozess der Regierungsbildung für gescheitert zu erklären und



vorgezogene Neuwahlen anzusetzen. Danach verharnte das Parlament, von einer Sondersitzung abgesehen, in der Sommerpause, um sich am 1. Oktober angesichts der Wahlkampfs wieder zu vertagen.

Geht man davon aus, dass ein wesentliches Kriterium für die Wahlentscheidung Kompetenz einer Partei für die Regierungsbildung angesehen wird, machte die CHP zwar einige Pluspunkte, doch bot die Opposition insgesamt den Eindruck der Machtpolitik der AKP nicht gewachsen zu sein.

Die Verfassung sieht eine Übergangsregierung im Fall vorgezogener Neuwahlen aufgrund einer gescheiterten Regierungsbildung vor. In diese Übergangsregierung sollen die Parteien entsprechend der Sitzverteilung im Parlament Minister entsenden. Sollte eine Partei keine Minister entsenden, sollen unabhängige Kandidaten ausgewählt werden.

Staatspräsident Erdoğan zog es vor, nach der Erklärung, die AKP sähe keine Chance für eine Koalitionsregierung, keinen weiteren Auftrag zur Regierungsbildung zu vergeben. Die CHP bewertete dies als Bruch parlamentarischer Gepflogenheiten und verweigerte die Regierungszusammenarbeit mit der AKP. Die MHP lehnte es ab, in einer Regierung gemeinsam mit der HDP vertreten zu sein. Der Schachzug, die Aufforderung an die Benennung von Ministerkandidaten nicht an die Parteien sondern an einzelne Parlamentarier zu richten, erwies sich für die AKP als glücklich. Tuğrul Türkeş, der Sohn des MHP-Parteigründers, erklärte sich zur Übernahme eines Postens als Vize-Premier bereit. Die HDP entsandte zwar zwei Minister, die jedoch bereits im September angesichts der Kriegshandlungen in den Südost-Provinzen ihren Rücktritt erklärten. Die unabhängigen Kandidaten wurden zum Teil aus früheren AKP-Parlamentariern und Ministern, zum Teil durch Spitzenbeamte der jeweiligen Ministerien, die durch die AKP an ihre Positionen gebracht worden waren, bestimmt. Auf diese Weise konnte die AKP während des Wahlkampfes weiterregieren wie zuvor.

War das Wahlergebnis vom 1. Juni 2015 als eine Wählerentscheidung zugunsten einer Koalitionsregierung verstanden worden, so wird das Ergebnis vom 1. November 2015 als eine klare Absage verstanden.

### 2.3. Die Rolle des Staatspräsidenten

Als eine wichtige Einflussgröße auf die Wahl vom 7. Juni 2015 war die Forderung nach mehr Kompetenzen für den Staatspräsidenten sowie die Vielzahl von Wahlkampfauftritten des Amtsinhabers Erdoğan angesehen worden. Nach der Parlamentswahl hatte Erdoğan die Schwierigkeit einer Regierungsbildung als Beleg dafür bewertet, wie Recht er habe, wenn er für eine einheitliche und starke Exekutive eintrete. Gleichwohl vermied er es, in gleicher Weise in den Vordergrund zu treten, wie im vorangegangenen Wahlkampf und sich offen in die Regierungsgeschäfte einzumischen. Stattdessen präsentierte er sich als „natürlicher Führer“ der AKP und begnügte sich damit, politische Tatsachen zu schaffen.

### 2.4. Der Kurden-Konflikt

Der Kurden-Konflikt kann für den Ausgang beider Parlamentswahlen in 2015 als entscheidend angesehen werden. Im Frühjahr 2015 kostete der Aufkündigung des Friedensprozesses durch Intervention von Staatspräsident Erdoğan der AKP einen großen Teil der kurdischen Stimmen. Die Wiederaufnahme der Kämpfe nach der Parlamentswahl im Juni hatte jedoch Wirkungen sowohl auf nationalistische Kreise in der Türkei als auch auf die kurdische Wählerschaft. Nicht zuletzt vor dem Hintergrund steigenden internationalen Einflusses kurdischer Nationalisten durch den internationalen Kampf gegen den „islamischen Staat“ in Syrien und im Irak sowie die Aufkündigung der Erklärung zum Friedensprozess vom 28. Februar 2015 durch die Regierung sah die PKK eine Möglichkeit, durch militante Aktionen Druck auszuüben. Am 22. Juli reagierte die türkische Regierung mit umfassenden Militäreinsätzen gegen die PKK und einer aggressiven Politik gegen die syrische PYD. Die Kämpfe eskalierten schnell und forderten hunderte von Menschenleben, darunter eine hohe Zahl von Zivilisten.

Getötete Angehörige der Sicherheitskräfte und der Vorwurf, die PKK habe den Friedensprozess missbraucht, um ihre Positionen auszubauen, führten zu einer wachsenden Akzeptanz einer strikten Sicherheitspolitik. Zugleich wurde der Handlungsspielraum der legalen kurdischen Organisationen stark eingeschränkt. Kurdische Medien wurden sehr weitgehend verboten. In den von den Kämpfen in Mitleidenschaft gezoge-



nen Gebieten demgegenüber war die Akzeptanz für die Kämpfe gering. Die HDP setzte auf Friedensaktionen, insbesondere auf „lebendige Schutzschilder“, um weitere Eskalationen zu verhindern. Letztlich verblieb sie jedoch im Niemandsland. Zwar erklärte die PKK Anfang Oktober einen einseitigen Waffenstillstand, der jedoch von der Regierung nicht anerkannt wurde. Die Kämpfe gingen zwar zurück, so dass es am Wahltag zu keinen Toten kam, rissen jedoch nicht ab. Neben dem Bündnis der AKP mit konservativ religiösen Strukturen und Parteien in den Südost-Provinzen mit hohem kurdischen Bevölkerungsanteil gelang es der AKP auch die Stammesstrukturen (aşiret) für sich zu mobilisieren.

### 2.5. Wachsender Druck auf die Opposition

Das durch die Kämpfe mit der PKK ausgelöste politische Klima wurde begleitet von einem Vorgehen gegen die bürgerlichen Medien sowie gegen die Gülen Gemeinschaft des islamischen Predigers Fetullah Gülen. Während die AKP weiterhin massiv staatliche Ressourcen für die eigene Parteipropaganda einsetzte, fehlte es den Oppositionsparteien an den Ressourcen für einen zweiten Wahlkampf. Nach dem Bombenanschlag von Ankara am 10. Oktober 2015 wurden zumindest die meisten Großkundgebungen der Opposition abgesagt. Nachdem bereits am 8. Juni landesweit mehr als 100 Parteibüros der HDP angegriffen worden waren, verzichtete die Partei weitgehend auf öffentliches Auftreten, um ihre Anhänger nicht zu gefährden.

Beachtlich ist aber auch der zunehmende Druck auf die Medien. Während das Verlagsgebäude der Tageszeitung Hürriyet im September zwei Mal angegriffen wurde, wurde der bekannte Kolumnist Ahmet Hakan auch persönlich angegriffen und durch Schläge verletzt. Die Zahl der zensierten Webseiten hat dramatisch zugenommen. Nur eine Woche vor der Wahl wurden die Fernsehsender Bugün und Kanaltürk sowie die Tageszeitungen Bugün und Millet im Zuge der Ermittlungen gegen die Gülen Gemeinschaft unter Zwangsverwaltung gestellt. Unmittelbar nach der Zwangsverwaltung wurden zahlreiche Journalisten entlassen und die Medien sofort auf ein regierungsfreundliches Profil umgestellt.

Eine Analyse der Berichterstattungsdauer über die Spitzenpolitiker der Parteien in den staatlichen TRT-

Sendern zeigt, dass die Opposition kaum erwähnt wurde, während Ministerpräsident Davutoğlu und Staatspräsident Erdoğan stundenlange Sendezeiten erhielten. Während der Regierungszeit der AKP wurden mehrere große Mediengesellschaften der Türkei zunächst unter staatliche Kontrolle genommen und dann an AKP-Anhänger abgegeben. Der AKP-Abgeordnete Aydın Ünal erklärte vor der Wahl, dass nach dem 1. November insbesondere die Tageszeitungen Hürriyet, Cumhuriyet und Sözcü „zur Rechenschaft“ gezogen werden sollen.

### 2.6. Überwachung des Wahlverlaufs

Im Gegensatz zur vorangegangenen Wahl wurde im Vorfeld des 1. November nur wenig über mögliche Wahlfälschungen diskutiert. Auf der anderen Seite hatte die Initiative „Öy ve Ötesi“, die unabhängige Wahlbeobachter mobilisiert und ausgebildet, auch im Vorfeld dieser Wahl mobilisiert und vor der Wahl etwa 60.000 Freiwillige mobilisiert.

Oy ve Ötesi belässt es jedoch nicht allein bei der Wahlbeobachtung. In einer Analyse der Erfahrungen der Parlamentswahl vom 7. Juni 2015 hat die Initiative einen umfangreichen Bericht zu Defiziten im Wahlsystem vorgelegt. So wird in dem Bericht nach der grundsätzlichen Feststellung, dass die Wahl fair verlaufen ist, u.a. darauf hingewiesen, dass die Vorkehrungen für Behinderte ihr Stimmrecht auszuüben, unzureichend waren. Auch sei in vielen Fällen versäumt worden, das Ergebnis der Stimmauszählung an den Türen der einzelnen Wahllokale auszuhängen. Auch sei bei einzelnen Wahlkomitees und deren Vorsitzenden Ausbildungsmängel zu den Wahlverfahrensvorschriften festgestellt worden. Insgesamt wird aber das Wahlergebnis nicht aufgrund massiver Wahlfälschungen am Wahltag selbst angezweifelt.

## 3. Ausblick

Die Präsenz von Recep Tayyip Erdoğan als „de Facto“ Präsident mit Exekutivvollmachten wird zunehmen und vermutlich die politische Auseinandersetzung prägen. Es ist davon auszugehen, dass er sein Ziel, die Verfassung in Richtung eines Präsidialsystems zu ändern, nicht aufgeben wird.

Ansätze von politischer Rechenschaftsforderung durch die Rechnungshofberichte sowie die Untersuchung von Korruptionsvorwürfen gegen



Regierungsmitglieder werden nicht weiter verfolgt bzw. niedergeschlagen.

Der Kurden-Konflikt wird noch für einige Zeit weiter militärisch ausgetragen werden. Der Druck auf die HDP wird beibehalten und ihre Nähe zur PKK weiter betont werden. Maßgeblich dürften die weiteren Entwicklungen im syrischen Bürgerkrieg und die Zielsetzung der Verhinderung einer kurdischen Staatsbildung in Nord-Syrien sein. Mittelfristig haben alle Seiten ein Interesse daran, dass der Friedensprozess wieder aufgenommen wird.

Der Druck auf die Medien wird weiter zunehmen. Regierungskritische Medien werden verfolgt und die neuen Medien werden unter verschärfte Kontrolle gestellt werden.

Wirtschaftspolitisch könnte sich eine Neuorientierung in Richtung auf „nationale“ und „ideologischere“ Konzepte vollziehen. Eine Abkehr von den bisherigen wirtschaftsliberalen Positionen der AKP erscheint nicht unwahrscheinlich.

Allerdings trägt die AKP nun auch die alleinige politische Verantwortung für die Lösung dringender gesellschaftlicher Probleme und Konflikte. Sollte sie mit ihrer autoritären Wende fortfahren, sind schwere Konflikte vorhersehbar.

Ganz entscheidend für die Zukunft der Türkei wird sein, ob die neue AKP Regierung nun den Kurs der gesellschaftlichen Polarisierung aufgibt und zu einer Politik der Versöhnung findet, sowohl innerhalb der türkischen Gesellschaft insgesamt als auch im Konflikt mit den Kurden. Die ersten Signale des Staatspräsidenten stimmen eher skeptisch.





## Imprint

Friedrich-Ebert-Stiftung  
Cihannüma Mahallesi Mehmet Ali Bey Sk. 12/D5  
34353 Beşiktaş-Istanbul  
Türkiye

Tel: +90 212 310 82 37  
[contact@festr.org](mailto:contact@festr.org)  
[www.festr.org](http://www.festr.org)

Responsible: Dr. Felix Schmidt  
© FES Türkei, 2015

The views expressed in this publication are not necessarily those of the Friedrich-Ebert-Stiftung or the organization for which the author works.